



Presseschau vom 20.05.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

deutsch.rt.com: **Kritik an Bill Gates auf Corona-Mahnwache: Fraktionsvize Hunko sorgt für Empörung in Linkspartei**

Am Samstag nahm der Linke-Abgeordnete Andrej Hunko in Aachen an einer Demonstration gegen die Corona-Beschränkungen teil. Dabei sprach der Politiker auch kritisch über Bill Gates und die "Mainstream-Medien". Grund genug für seine Parteigenossen, sich gegenüber Hunko zu empören. ...

<https://de.rt.com/278k>

abends/nachts:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie gerade mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 18:30 Uhr das Feuer auf **Jelenowka** eröffnet.

Infolge des Beschusses **erlitt eine Frau, geb. 1961, eine Schussverletzung** an der Schulter. Die Verletzte befindet sich inzwischen im Gusak-Institut für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie in Donezk.

Genauere Informationen werden noch ermittelt.

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Straftuppen schießen weiter zielgerichtet auf friedliche Einwohner unserer Republik.

Heute Abend haben Kämpfer der 128. Brigade unter Kommando Gontcharuks das Feuer mit Schusswaffen auf **Jelenowka** eröffnet.

Als ihr Ziel wählten die ukrainischen Straftruppen eine Haltestelle an der Lenin-Straße, an der sich zum Zeitpunkt des Beschusses eine örtliche Einwohnerin, geb. 1961, befand. In der Folge der blutigen Aktivitäten der Kämpfer der BFU erlitt sie eine Schussverletzung.

Die Verletzte wurde sofort in das Institut für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie in Donezk gebracht, wo sie die notwendige medizinische Behandlung erhielt.

Eine klare Demonstration von vorsätzlichem Feuer ukrainischer Kämpfer auf die Zivilbevölkerung der Republik ist, dass die Örtlichkeit, die die Straftruppen beschossen, offen ist, die sich an der Haltestelle befindende Verletzte helle Kleidung an hatte und es unmöglich war, sie mit einem Soldaten der Volksmiliz zu verwechseln.

Dieser weitere Verstoß darf nicht ohne Aufmerksamkeit der internationalen Beobachter bleiben – die schuldigen ukrainischen Kämpfer müssen ihre verdiente Strafe erhalten. Wir rufen die OSZE-Mission auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen, die Verletzung der friedlichen Einwohnerin zu registrieren und alle möglichen Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens zu ergreifen.

de.sputniknews.com: **Lawrow warnt EU vor hohen Gaspreisen wegen Hindernissen für Nord Stream 2**

Die Schaffung von Hindernissen für den Bau der Nord Stream 2-Pipeline kann laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow zu höheren Gaspreisen für Europa führen. Dies sagte er auf einer Pressekonferenz am Dienstag.

So kommentierte er Berichte über eine mögliche Revision der Baugenehmigung für die Pipeline durch Dänemark. Der Minister zeigte sich zuversichtlich, dass dies keine Auswirkungen auf die Umsetzung des Projekts haben werde und Nord Stream 2 fertiggebaut werde.

Lawrow betonte, dass Russland über verschiedene Rechtsinstrumente verfüge, um die Situation um die Pipeline zu lösen.

„Experten - ich wiederhole, dies ist ihre Meinung - sind sich einig, dass fast alle diese Optionen zur Lösung von Rechtskonflikten zu teurerem Gas für die Endverbraucher und Bürger von Ländern der Europäischen Union führen werden“, sagte der Außenminister.

Das Problem muss im Rechtsbereich gelöst werden

Der russische Chefdiplomat ist zuversichtlich, dass das Problem im Rechtsbereich gelöst werden wird, obwohl es bereits „viele politisierte Entscheidungen rund um das Projekt“ gegeben habe.

Lawrow betonte zudem, dass die Situation um die Gaspipeline die Beziehungen zwischen Moskau und Kopenhagen, die „seit langem in dem Zustand sind, in dem sie sich befinden“, nicht beeinträchtigen werde. Russland sei bereit, mit Dänemark über alle besorgniserregenden Fragen zu sprechen, fügte der Außenminister hinzu.

Gaspipeline Nord Stream 2

Nord Stream 2 sieht den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline von der russischen Küste nach Deutschland am Boden der Ostsee vor. Eine Reihe von Staaten, insbesondere die Ukraine, Litauen, Lettland, Polen und die USA, lehnten das Projekt ab. Kiew hatte Angst, Einnahmen aus dem Transit von russischem Gas zu verlieren, und Washington ist daran interessiert, sein eigenes Flüssiggas auf dem europäischen Markt zu fördern.

Die baltischen Länder und Warschau betrachten ihrerseits die Pipeline als „politisch motiviert“.

Dabei haben Moskau sowie Berlin und Wien wiederholt betont, dass Nord Stream 2 ein ausschließlich kommerzielles Projekt sei und auf die Verbesserung der Energiesicherheit europäischer Staaten abziele. Norwegen habe den Bau auch unterstützt.

Lawrow-Maas-Gespräch

Zuvor am Dienstag hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas die Lage in der Ukraine und den Kampf gegen das Coronavirus erörtert.

Das Gespräch fand auf Initiative der deutschen Seite statt.

„Aktuelle Fragen der bilateralen russisch-deutschen Beziehungen und eine Reihe internationaler Themen wurden erörtert. Bei der Erörterung von Fragen der Regelung des innerukrainischen Konflikts wies Lawrow darauf hin, wie wichtig es sei, Kiew zu ermutigen, die auf dem Gipfel der Staatsoberhäupter im Normandie-Format am 9. Dezember 2019 in Paris erzielten Vereinbarungen zu erfüllen, die bedingungslos durch die Mechanismen der Kontaktgruppe praktisch umgesetzt werden müssen“, heißt es in dem Bericht.

Darüber hinaus sprachen sich die Minister für eine Koordinierung der weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie aus und äußerten die Hoffnung, dass die 73. Weltgesundheits-Vollversammlung dazu beitragen werde.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32665/18/326651824_0:58:2954:1657_1000x0_800_1_54ca81ea114a86f0e8cc30435101936a.jpg.webp

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik

Im Ergebnis von Beschuss durch die bewaffneten Formationen der Ukraine wurde am 16. Mai die Hochspannungsleitung „Michajlowka-Kommunarskaja“ beschädigt, die für die LVR kritisch wichtige Infrastrukturobjekte, eine Reihe sozialer Objekte sowie ein Wohngebiet versorgt hat. Einen Tag später, am 17. Mai, hat die Ukraine trotz der gewährten Sicherheitsgarantien zweimal eine Reparaturbrigade, die die Folgen des Beschusses beseitigte, sowie eine Patrouille der OSZE-Mission, die das Monitoring dieser Arbeiten durchführte, beschossen. Und nach diesem Beschuss hat sie die Gültigkeit der Sicherheitsgarantien gestoppt.

Solcher Beschuss friedlicher Einwohner der LVR und von ziviler Infrastruktur durch ukrainische Truppen ist in der letzten Zeit zur Regel geworden. Dies ist eine zielgerichtete Provokation und Aktion mit einem allen klaren Ziel – kritisch wichtige Infrastrukturobjekte unserer Republik, die für den Lebenserhalt unserer Bevölkerung notwendig sind, zu vernichten. Und mit dieser Aktion hat die Ukraine schon bestimmte Ergebnisse erzielt, indem sie ernsthafte Unterbrechungen bei der Stromversorgung der Wasserversorgung von Lugansk hervorgerufen hat, durch die uns eine humanitären Katastrophe droht.

Und das geschieht vor dem Hintergrund, dass Vertreter der Ukraine in der Kontaktgruppe unverändert ihre Unterstützung eines allumfassenden Regimes der Feueinstellung deklarieren.

Im Zusammenhang damit will ich mich an den Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij mit der nachdrücklichen Bitte wenden, Maßnahmen zu ergreifen, um die durch nichts provozierten Beschießungen unseres Territoriums zu beenden, dabei

entsprechende Sicherheitsgarantien zur Durchführung von Reparaturarbeiten an kritisch wichtigen Objekten der zivilen Infrastruktur zu gewährleisten. **Im Fall der Fortsetzung derartiger Handlungen von Seiten der BFU lassen Sie, Wladimir Alexandrowitsch, uns keine andere Wahl, als effektive und entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Kontaktlinie von der genannten Stromleitung wegzubewegen.** Analog werden wir gezwungen sein vorzugehen, wenn der Beschuss der Zivilbevölkerung und anderer kritisch wichtiger Lebenserhaltungsobjekte fortgesetzt werden sollte. Zu diesem Zweck habe ich bereits entsprechende **Anweisungen gegeben, die Einheiten der Volksmiliz in Gefechtsbereitschaft zu versetzen.**

Zur Vermeidung einer Eskalation des Konflikts will ich mich auch an die OSZE, die Russische Föderation, Deutschland und Frankreich mit der Bitte wenden, der Ukraine zu „helfen“ die notwendigen Entscheidungen zur Gewährleistung eines realen Waffenstillstand für die Zeit bis zu einer vollständigen politischen Regelung des Konflikts zu treffen. Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Leonid Pasetschnik



[http://img.lug-info.com/cache/c/1/\(15\)_Pasechnik11.jpg/w620h420.jpg](http://img.lug-info.com/cache/c/1/(15)_Pasechnik11.jpg/w620h420.jpg)

mil-lnr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie zu destabilisieren, und verletzt dabei grob die Minsker Vereinbarungen. Die Strafruppen wählen als ihr Ziel ausschließlich Wohngebiete von Ortschaften der Republik, da sie wissen, dass sich die Mehrheit der Einwohner in ihren Häusern befindet, um sich zu isolieren und die Verbreitung der Coronavirusinfektion zu verhindern.

Heute haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Donezkij** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Dabei wurden drei Häuser in der Watutin-Straße 1, im Stadtteil des 30. Jahrestag des Sieges 4, in der Nowostrojka-Straße 18 beschädigt.

Der Fall von Beschuss ist dokumentiert, die Materialien werden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 93. Brigade Bryshinskij hinzuzufügen.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden von unseren Beobachtern ermittelt.

Wir rufen die Mitarbeiter der OSZE-Mission auf, die notwendige Aufmerksamkeit auf die Handlungen der ukrainischen Seite, die Besorgnis hervorrufen und den Unwillen der

politischen Führung der Ukraine demonstrieren, Schritte in Richtung einer friedlichen Regelung zu Konflikts zu tun, zu richten.

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Mai wurden vier Feuerangriffe von Seiten der BFU mit Schützenpanzerwaffen und 82mm-Mörsern festgestellt: Beschossen wurden **Solotoje-5, Beresowskoje, Frunse** und **Shelobok**.

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen, insgesamt 109 Geschosse.

Durch Beschuss wurden in Donezkij drei Häuser in der Watutin-Straße 3, dem Stadtteil des 30. Jahrestags des Sieges 4, der Nowostrojka-Straße 18 beschädigt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 19. Mai 3:00 Uhr bis 20. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: **In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 23.**

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Oserjanowka, Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo, Spartak, Wesjoloje, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Jelenowka, Nowolaspa, Bogdanowka.

Gestern wurde durch Mörserbeschuss von Seiten der BFU eine Stromleitung in Oserjanowka beschädigt.

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern das Artilleriefeuer in Richtung Staromichajlowka eröffnet. Nach genaueren Informationen wurden dabei 12 Häuser beschädigt.

Gestern um 18:30 Uhr haben die BFU das Feuer auf Jelenowka eröffnet. Infolge des Beschusses erlitt eine Frau, geb. 1961, eine Schussverletzung an der Schulter. Die Verletzte wurde in der Gusak-Institut für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie in Donezk eingeliefert.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 127.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 143.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: „Besatzer, keine Freunde?“, Russische Botschaft in Deutschland übt Kritik am MDR

Die russische Botschaft in Berlin hat einen Online-Beitrag des deutschen TV-Senders MDR kommentiert, in dem behauptet wird: „Die Russen in der DDR blieben bis zu ihrem Abzug in den Augen vieler vor allem eins: Besatzer.“

Es handelt sich um den MDR-Text vom 17. Mai unter dem Titel „Russland: Die späte Liebe der Ostdeutschen“. Am Ende seines Beitrags unter dem Untertitel „Besatzer, keine Freunde?“ schrieb der Autor wörtlich: „Private Kontakte zwischen den hier stationierten Sowjetsoldaten und den Einheimischen gab es durchaus – sogar Hochzeiten. Doch die Russen in der DDR blieben bis zu ihrem Abzug in den Augen vieler vor allem eins: Besatzer (...).“

„Unfair, MDR“, so die russische Botschaft in ihren sozialen Netzwerken.

Ferner heißt es: „Für Menschen in den ostdeutschen Bundesländern ist die deutsch-russische Freundschaft nach wie vor alles andere als vergessen. Zahlreiche gesellschaftliche und persönliche Begegnungen sind ein Beleg dafür.“

Die russischen Diplomaten betonten, dass viele Bürger in der DDR „Sowjetmenschen als Freunde und Partner“ angesehen hatten. Und:

„Die sowjetischen Streitkräfte waren für sie Nachfolger der Roten Armee, die Deutschland und Europa vom Nationalsozialismus befreit hatte. Sie garantierten Frieden und Sicherheit in Zeiten des Kalten Krieges und einer gefährlichen militärischen Blockkonfrontation.“

Die russische Botschaft verwies darauf, dass es diese gute Wahrnehmung auch heute noch gebe. „Unvergessen bleibt auch der entscheidende Beitrag der UdSSR zur Deutschen Einheit, deren 30. Jahrestag demnächst in ganz Deutschland gefeiert wird.“

Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 20. Mai 2020

Trotz aller von der Führung der Republik ergriffenen Maßnahmen zur Deeskalation des Konflikts setzen die bewaffneten Formationen der Ukraine den Terror gegen die Zivilbevölkerung des Donbass fort.

Entsprechend der Entscheidung des Oberhauptes der Lugansker Volksrepublik, die durch die zunehmenden militärischen Provokationen der ukrainischen Straftruppen, die auf die Zerstörung der Funktionsfähigkeit kritisch wichtiger Lebenserhaltungsobjekte der Republik gerichtet sind, bedingt ist, **hat das Kommando der Volksmiliz seit dem 19. Mai 22 Uhr mit der Umsetzung der Maßnahmen zur Versetzung aller Einheiten in volle Gefechtsbereitschaft begonnen.**

Inzwischen haben unsere Einheiten alle Maßnahmen zur Versetzung in höchste Gefechtsbereitschaft abgeschlossen und sind bereit zur Erfüllung beliebiger Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung unseres Landes gegen die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Straftruppen.

Die Volksmiliz der LVR war und bleibt ein Garant der Sicherheit der Republik. Die Einheiten und Truppenteile der Volksmiliz der LVR sind in vollem Umfang ausgestattet und das Niveau der professionellen Ausbildung der Soldaten erlaubt es, beliebige aggressive Handlungen der Kiewer Besatzer zu unterbinden!

deutsch.rt.com: Wegen Lockdown: Dutzende Babys von ukrainischen Leihmüttern warten auf Adoptiveltern

Dutzende Säuglinge, die von ukrainischen Leihmüttern geboren wurden, können aufgrund pandemiebedingter Grenzsicherungen nicht zu ihren Adoptiveltern ins Ausland gebracht werden. Die Neugeborenen sind derzeit in einem Hotel in Kiew untergebracht.

Die gestrandeten Babys, die von ukrainischen Leihmüttern im Auftrag westeuropäischer und nordamerikanischer Eltern geboren wurden, warten derzeit in einem Kiewer Hotel gemeinsam mit ihren Leihmüttern und Pflegerinnen, bis sie abgeholt werden. Das Hotel gehört der Kiewer Reproduktionsklinik BioTexCom. Normalerweise übernachten dort Adoptiveltern, bevor sie ihre Kinder ins Ausland mitnehmen. Derzeit sind die ukrainischen Landesgrenzen aufgrund der Coronavirus-Pandemie aber geschlossen.

Vertreter der Reproduktionsklinik stellten vor Kurzem ein Video ins Netz, das zugleich als Hilferuf dienen soll. Ihren Angaben zufolge werden derzeit etwa 50 Babys in dem Hotel

betreut. Die Säuglinge warten auf ihre Adoptiveltern aus den USA, Deutschland, Großbritannien, Spanien und anderen Ländern. Das Video, das laut BioTexCom ein Versuch war, das Bewusstsein für die Angelegenheit zu schärfen, ging viral. Auf den Bildern sind rund vierzig Neugeborene zu sehen, die in Bettchen nebeneinanderliegen und weinen. Auf dem Video versichern die Klinikmitarbeiter, dass sie sich rund um die Uhr um die Babys kümmern. Demnach würden diese täglich von einem Kinderarzt untersucht, gebadet und betreut.

Die Vertreter des Unternehmens machten deutlich, dass Adoptiveltern derzeit keine Möglichkeit hätten, in die Ukraine einzureisen und daher gezwungen seien, online mit ihren Kindern zu kommunizieren. Der Anwalt der Klinik Denis Hermann bat die Regierungen, trotz Corona-Krise eine Ausnahme für Adoptiveltern zu machen:

„Wir fordern andere Länder auf, eine Ausnahme von ihrer Politik zu machen und ihren Bürgern zu erlauben, sich mit ihren Kindern zu vereinen.“

Das Video hat jedoch eine Wirkung erzielt, die das Unternehmen wohl nicht beabsichtigt hat.

Die gezeigten Bilder lösten in der Ukraine erneut eine Debatte über die Ethik der Leihmutterchaft als Geschäftsmodell aus. Einige Beamte und Menschenrechtsaktivisten forderten die Regierung erneut auf, die Praxis zu verbieten. Derzeit ist die Ukraine eines der wenigen Länder, in denen kommerzielle Leihmutterchaft erlaubt ist. Auch aufgrund der günstigen Preise ist das Land ein lukratives Ziel für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch. Ljudmila Denissowa, Ombudsfrau für Menschenrechte des ukrainischen Parlaments, besuchte das Hotel vergangene Woche. Ihr zufolge seien einige Säuglinge bereits zwei bis drei Monate alt. Anschließend teilte sie mit, dass sie mit dem Außenministerium des Landes zusammenarbeite, um den Adoptiveltern zu helfen, Einreisegenehmigungen in die Ukraine zu erhalten. Insgesamt seien laut Denissowa landesweit rund 100 Babys in Reproduktionskliniken gestrandet. Falls die Grenzen des Landes weiterhin geschlossen bleiben, könnte sich ihre Zahl bald verzehnfachen, sagte sie unter Berufung auf Schätzungen von BioTexCom.

Laut der Ombudsfrau ergreife der Staat keine angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Kinderrechte. Sie kritisierte auf Facebook, dass die ukrainische Leihmutterchaftsbranche Säuglinge als "qualitativ hochwertiges Produkt" für potenzielle Eltern bewirbt. "Kinder in der Ukraine dürfen keinem Menschenhandel ausgesetzt sein", schrieb sie.

In der Ukraine wurden bisher knapp 20.000 Infektionen mit dem Coronavirus registriert, 564 testpositive Menschen starben.

<iframe width="729" height="410" src="https://www.youtube.com/embed/xPdRx_L96C0" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/xPdRx_L96C0

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 14 neue Fälle von Infektionen mit COVID-19 festgestellt, teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums der DVR mit. Alle Fälle wurden bei Kontaktpersonen mit zuvor bereits Erkrankten gefunden, darunter drei medizinische Beschäftigte. Der Zustand der Patienten ist derzeit zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden zehn Personen nach zweifachem negativen Test als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle, ein 67 Jahre alter Mann und eine 59 Jahre alte Frau.

Am 20. Mai 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 270 Fälle von Infektionen registriert.

209 Patienten sind derzeit in Behandlung, 52 als gesund entlassen, es gibt neun Todesfälle.

de.sputniknews.com: **EU-Kommissar: Kontakte zu Syrien jetzt unmöglich**

Der EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, Oliver Varhelyi, hat die Möglichkeit von Kontakten zu Syrien vorerst ausgeschlossen. „Derzeit ist es unmöglich, jegliche Kontakte zu Syrien aufrechtzuerhalten. Wir alle wissen, dass keine Bedingungen dafür eingehalten sind“, sagte Varhelyi am Dienstag bei Debatten im Europäischen Parlament.

Er antwortete damit auf die Frage des Abgeordneten der Fraktion „Identität und Demokratie“, Thierry Mariani, nach der Möglichkeit einer Hilfeleistung für die syrischen Flüchtlinge in den von Damaskus kontrollierten Gebieten, darunter durch NGOs.

Mariani verwies darauf, dass viele Syrer jetzt in Bezirke zurückkehren, in denen die Kampfhandlungen eingestellt wurden.

Die EU hatte zuvor die Bereitstellung von umfangreichen Geldsummen zur Unterstützung der syrischen Flüchtlinge angekündigt, die sich an der Grenze zur Türkei sowie im Libanon, in Jordanien und im Irak aufhalten. Die EU-Kommission plant, am 30. Juni eine Ministerkonferenz zu Syrien abzuhalten.

Dabei erweitert die EU ständig die 2011 verhängten Sanktionen gegen Damaskus. Im Februar 2020 hatte der EU-Rat nach eigenen Angaben zusätzlich die Namen von acht Unternehmern und von zwei mit ihnen verbundenen Organisationen in die Syrien-Sanktionsliste aufgenommen. Nun stehen 277 Personalien und 71 Organisationen Syriens auf der Liste. Die EU-Kommission hatte am 12. Mai Empfehlungen publik gemacht, die eine humanitäre Hilfe bei der Bekämpfung des Coronavirus in Syrien unter gleichzeitiger Wahrung der Sanktionsordnung beinhalten.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32509/26/325092603_0:363:2890:1926_1000x0_80_0_1_2ba93214401d25f00c74a2932d352a93.jpg.webp

Dan-news.info: Erklärung des Oberhaupts der DVR über die Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Kräfte der Volksmiliz

Beginnend mit dem 1. Mai hat sich die Lage an der Kontaktlinie stark verschärft. Die bewaffneten Formationen der Ukraine setzten aktiv von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen ein, darunter großkalibrige Artillerie, das Regime der Feueinstellung wurde mehr als 250-mal verletzt.

Der zunehmende Beschuss führt zu Zerstörungen von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur. Aber am schmerzlichsten ist es, dass am 1., 4. und 7. Mai Einwohner der Ortschaften Spartak, Sachanka und Alexandrowka unter zielgerichtetes Feuer der BFU gerieten, wodurch eine Frau starb und fünf minderjährige Kinder verletzt wurden.

Allein in den ersten 19 Tagen des Mai starb eine Frau und elf Menschen wurden unterschiedlich schwer verletzt. Die Berichte der OSZE-Mission bestätigen, dass alle Verletzten unter der Zivilbevölkerung Einwohner der Republik sind.

Aber anstatt zu ermitteln und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, weigern sich die

Vertreter des offiziellen Kiew in der Kontaktgruppe, konkrete Maßnahmen zur Kontrolle der Feueinstellung zu unterzeichnen, verweigern eine direkte Zusammenarbeit zur Senkung der Spannung an der Kontaktlinie und fördern sp faktisch die militärische Aggression von Seiten der BFU.

Die Donezker Volksrepublik ist sowohl zu einem direkten konstruktiven Dialog mit den bevollmächtigten Vertretern Kiews als auch zu einer zuverlässigen Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen bereit, falls diese Vereinbarungen auch von Kiew zuverlässig umgesetzt werden. Aber wir können nicht unendlich einseitig Friedensliebe zeigen, wenn unsere Bürger weiter leiden: Gestern wurde auf unserem Territorium wieder ein Frau, eine Einwohnerin von Jelenowka, verletzt.

In diesem Zusammenhang habe ich als Oberhaupt der Donezker Volksrepublik **entschieden, die Einheiten der Volksmiliz für den Fall eines weiteren aggressiven Verhaltens Kiews in Gefechtsbereitschaft zu versetzen.** Alle notwendigen Anweisungen wurden schon gegeben. Wir rufen die OSZE und die Garanten der Minsker Vereinbarungen – die Russische Föderation, Frankreich und Deutschland – auf, die ukrainische Führung zu überzeugen, keine Eskalation des Konflikts zuzulassen und die Provokationen sowohl an der Kontaktlinie als auch bei den Verhandlungen zuzulassen.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/07/dan-news.info-2019-07-26_11-22-01_149285-----7-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: **Palästinenserpräsident Abbas kündigt alle Abkommen mit USA und Israel auf**

Palästina hat beschlossen, alle Abkommen mit Israel und den USA aufzukündigen, weil die israelische Regierung beabsichtigt, Gebiete im palästinensischen Westjordanland zu annektieren. Dies gab das Oberhaupt der nationalen Administration Palästinas, Mahmud Abbas, in einer Rede vor der Führung des Landes am Dienstagabend bekannt.

„Die Palästinensische Befreiungsorganisation und der Staat Palästina sagen sich von heute an von allen Verträgen und Vereinbarungen mit den Regierungen der USA und Israels los, sowie von allen Verpflichtungen, die aus diesen hervorgehen, einschließlich der Sicherheitsvereinbarungen“, so Abbas.

Der Palästinenserpräsident forderte Israel außerdem dazu auf, gegenüber der internationalen Gemeinschaft als „Besatzungsmacht im besetzten Gebiet Palästinas“ die volle Verantwortung zu übernehmen.

Abbas merkte an, dass es an der Zeit sei, Palästina in internationale Organisationen und

Institutionen aufzunehmen.

„Wir bekräftigen unser Engagement für das Völkerrecht und die arabischen, islamischen und regionalen Abkommen, deren Teilnehmer wir sind. Wir bekräftigen auch unser Engagement für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus in jeglicher Form“, fügte er hinzu.

Palästina sei bereit, mit der Vermittlung durch Dritte zu den Verhandlungen über den palästinensisch-israelischen Konflikt zurückzukehren, hieß es weiter. Abbas zufolge können diese mit internationaler Beteiligung bei einer internationalen Friedenskonferenz in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht geführt werden.

„Wir bekräftigen erneut unsere Bereitschaft, den Konflikt mit Israel auf der Grundlage der Entscheidung zur Schaffung zweier Staaten zu lösen, und unsere Bereitschaft, an den Grenzen zwischen den beiden Staaten einen Dritten zu akzeptieren“, so der Palästinenserpräsident weiter.

Die palästinensische Führung hat am Dienstag ein Treffen abgehalten und mögliche Gegenmaßnahmen besprochen, falls Israel seine Absichten zur Annexion verwirklicht. Am 6. Mai erklärte der US-Botschafter in Israel, David Friedman, in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Israel Hayom“, dass die US-Regierung bereit sei, die Souveränität Israels über das Jordantal und die Siedlungen im Westjordanland anzuerkennen. Laut dem Botschafter ist Washington bereit, einen solchen Schritt Israels zu unterstützen, wenn der „Markierungsprozess beendet ist, wenn Israel sich bereit erklärt, den Bau in den Gebieten der Zone C einzufrieren, auf die seine Souveränität nicht erweitert wird, und wenn der Premierminister erklärt, dass er Verhandlungen mit der palästinensischen Führung anhand des 'Trump-Plans' zustimme. Die Annexionsinitiative solle von israelischer Seite kommen, hieß es.

Trumps Nahost-Plan

US-Präsident Donald Trump hatte am 28. Januar die Ergebnisse der Ausarbeitung des „Jahrhundertdeals“ verkündet – des Entwurfs eines Abkommens zwischen Israel und Palästina, das dem Konflikt in dieser Region ein Ende setzen soll. Der Plan sieht die Gründung eines Staates Palästina und seine Demilitarisierung vor, dabei werde Israel die Kontrolle über den Ostjordan beibehalten, und Jerusalem werde seine unteilbare Hauptstadt bleiben. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu erklärte, dass der Deal zudem vorsehe, die Stadt Abu Dis im Ostteil Jerusalems – außerhalb der Stadt – als Hauptstadt Palästinas anzuerkennen.

Das Oberhaupt der nationalen Administration Palästinas, Mahmud Abbas, hatte den neuen Plan zurückgewiesen und betont, dass die Palästinenser auf der Anerkennung ihres Staates in den Grenzen von 1967 mit der Hauptstadt in Jerusalem bestehen.

Die Europäische Union (EU) und die Arabische Liga lehnten die Initiative der US-Regierung ebenfalls ab.



0_1_ca6892eff0d64a0ddb1e6e9677d4bc68.jpg.webp

dan-news.info: Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Inauguration Selenskijs.

Heute ist genau ein Jahr seit der Inauguration Wladimir Selenskijs vergangen – genug Zeit, um die ersten Ergebnisse seiner Präsidentschaft zusammenzufassen. Wir erinnern uns sehr gut an die Losungen und Versprechungen, die er damals als Präsidentschaftskandidat äußerte, um die Sympathien der Wählerschaft zu erringen – sowohl über „um den Krieg im Donbass zu beenden, muss man aufhören zu schießen“, und über „im Donbass leben genauso Menschen wie wir“ und über „wir werden mit allen verhandeln, damit nur kein einziger Mensch mehr stirbt“. Aber der Beschuss unserer Republik von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen ist keineswegs geringer geworden, wie zuvor sterben friedliche Bürger, es werden nicht nur Erwachsene verletzt, sondern auch Kinder, eine enorme Anzahl von Häusern, Gebäuden, Objekten der kritisch wichtigen Infrastruktur werden zerstört. Ja und im Gegensatz zu den Versprechungen über „wir werden über den Frieden verhandeln“ hat die Präsidentschaft Selenskijs in keiner Weise einen Fortschritt befördert – die ukrainische Seite sabotiert weiter konstruktive Verhandlungen, wobei die Sabotagemethoden dieselben sind. Das Team Selenskijs tauscht genauso wie das Team Poroschenkos die Vertreter in der Kontaktgruppe und in den Arbeitsgruppen aus, es verweigert sich unter erdachten Vorwänden einem direkten Dialog, perfektioniert die Meisterschaft in Rhetorik, während es schon lange Zeit ist, von Worten zu Taten überzugehen. Dabei erinnern wir daran, dass die Partei Selenskijs im Parlament die Mehrheit hat, also gibt es alle Bedingungen für eine produktive Arbeit. Aber tatsächlich hat die ukrainische Seite keinen einzigen Entwurf für einen normativen Rechtsakt zur Behandlung in der Kontaktgruppe vorgelegt. Außerdem weigert sich Kiew, zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands und neue Abschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln zu vereinbaren. Die prozessuale Freistellung der ausgetauschten Personen ist nicht abgeschlossen, Renten und Lohnrückstände werden nicht gezahlt – die ukrainische Seite schlägt nicht nur selbst nichts Wesentliches zur Lösung dieser Fragen vor, sondern lehnt auch noch unsere Vorschläge ohne Angabe von Gründen ab. Und die Situation mit der Realisierung des politischen Blocks des Maßnahmekomplexes ist noch trauriger: Die Vertreter der Ukraine können selbst elementare Dinge nicht bearbeiten und vorstellen, wie eine Liste der normativen Akte, die für die Vereinbarung durch die Kontaktgruppe vorgesehen sind.

So ist der erste Jahrestag der Präsidentschaft Selenskijs nicht nur durch Verschärfung des politischen Chaos und der sozialökonomischen Krise in der Ukraine gekennzeichnet, sondern auch durch eine noch größere Entfernung des Donbass. Der ukrainische Präsident erkennt nach wie vor nicht, dass die Wiederherstellung von Frieden bei einer Fortsetzung einer solchen Politik der Untätigkeit, der Gleichgültigkeit und der Nachlässigkeit gegenüber seinen Verpflichtungen gemäß den Minsker Vereinbarungen wohl nur in der Märchenwelt Goloborodkos möglich sein wird. Im Falle eines echten Bestrebens, den Konflikt im Donbass zu regeln, hätte die Führung des ukrainischen Staates schon lange alle Anstrengungen in die Organisation eines direkten und produktiven Dialogs mit den Vertretern des Donbass legen müssen und endlich damit beginnen, nicht die Stimme von untergeschobenen Übersiedlern, sondern der realen Einwohner, die in ihren Heimatstädten geblieben sind und wieder unter einem friedlichen Himmel leben wollen, zu hören.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Iran leistete Assad milliardenschwere finanzielle Unterstützung – Abgeordneter

Nach Angaben eines iranischen Abgeordneten soll der Iran in den vergangenen neun Jahren dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad eine milliardenstarke Finanzunterstützung geleistet haben. Dies meldete das Nachrichtenportal Etemad-Online am Mittwoch.

„Wir haben Syrien vermutlich zwischen 20 bis 30 Milliarden Dollar (18 bis 27 Milliarden Euro) gegeben. Das Geld des Volkes wurde dann dort investiert“, sagte der wegen seiner kontroversen Äußerungen bekannte iranische Abgeordnete Heschmatollah Fallahatpischeh gegenüber dem Portal. Seines Erachtens sollte sich der Iran dieses Geld zurückholen. Der Iran soll nach eigenen Angaben Berater in das Land geschickt haben, in dem ein Bürgerkrieg geführt wird, und dies auf Wunsch der syrischen Regierung. Das Ziel war, zusammen mit der syrischen Armee und Russland die sunnitischen Terrorkämpfer des „Islamischen Staates“ („IS“) zu bekämpfen. Teherans Unterstützung ist zwar ein offenes Geheimnis, doch um eine finanzielle Unterstützung in Milliardenhöhe ist es noch nie gegangen, und der Abgeordnete gab zum ersten Mal eine deutliche Größenordnung bekannt. Seine Aussagen wurden noch nicht vom Präsidialamt und dem Außenministerium des Irans kommentiert. Fallahatpischeh hat am Mittwoch seinen letzten Arbeitstag und wird nicht am neuen Parlament beteiligt sein, das seine Arbeit Ende Mai aufnehmen wird.

Der Iran ist – so wie Russland – Assads bedeutsamster Verbündeter. Viele Jahre hat Teheran seinen Militäreinfluss gehegt und gepflegt und eine „Brücke“ über den Irak und Syrien bis zum Libanon gebaut. Teheran will für Syrien eine innersyrische Lösung des Konflikts ohne jegliche Einmischung anderer Staaten. Teheran meldet zudem, es sei bereit, Syrien unverzüglich zu verlassen, sobald der Iran im Lande nicht mehr benötigt werde.

Irans Hilfen für arabische Regierungen und Bewegungen in Syrien, im Jemen, in Palästina oder Libanon werden im Land selbst immer aktiver einer Kritik unterworfen. Die Demonstranten auf den Straßen verurteilen auch solche Unterstützung. Viele Iraner appellieren an die Regierung, das Geld im eigenen Land, für eigene Bedürfnisse und nicht für die Araber einzusetzen.

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin

Heute wurden die Einheiten der Volksmiliz der DVR gemäß dem Erlass des obersten Kommandeurs der Donezker Volksrepublik in höchste Gefechtsbereitschaft versetzt.

Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen zur Überführung in höchste Gefechtsbereitschaft haben die Einheiten der Volksmiliz Dienste rund um die Uhr eingerichtet, die Garnisonen, wichtige Objekte, Stäbe und Kommandopunkte werden bewacht und verteidigt, es wurden zusätzliche Posten eingerichtet, Patrouillen organisiert.

Die Verbände, Truppenteile und Einheiten, die sich auf den Übungsplätzen und in Übungsgebieten befanden, sind in ihre Garnisonen zurückgekehrt. Das Personal wurde aus dem Urlaub und von Dienstreisen zurückgerufen. Waffen und Militärtechnik wurden in Gefechtszustand versetzt. Die Truppenvorräte an materiellen und technischen Mitteln wurden in Schützenpanzerwagen und Fahrzeuge verladen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen, das große militärische Können, die Bereithaltung von Waffen und Militärtechnik zum unverzüglichen Einsatz, der gute moralisch-psychische Zustand, die Disziplin und Wachsamkeit des Personals der Volksmiliz erlauben es, jederzeit organisiert, in den festgelegten Fristen den ukrainischen Aggressor abzuwehren und die gestellten Aufgaben erfolgreich auszuführen.

de.sputniknews.com: „Terror kommt nicht aus dem Nichts“ – Experte zur Aussage von IS-Überläufer

„Die sind dort wie Könige“ – dieser Satz bringt auf den Punkt, welchen Stellenwert amerikanische Soldaten bei syrischen Terroristen haben. Die Amerikaner sind für den IS keine

Feinde, sondern Bosse. Jedenfalls geht das aus der Aussage von Abu Hamzi hervor: einem Mann, der aus einem Terrorlager zu den syrischen Regierungstruppen übergelaufen ist. Das US-Militär vom Stützpunkt Et-Tanf in Syrien kollaboriert mit dem Islamischen Staat. Abu Hamzi, ehemaliger Chef einer islamistischen Kämpfergruppe, sagte vor russischen Journalisten, dass diese Zusammenarbeit stattfindet und wie sie abläuft. Hamzis Gruppe wurde auf dem amerikanischen Stützpunkt dafür ausgebildet, syrische Öl- und Gasanlagen sowie Verkehrseinrichtungen zu überfallen und Anschläge auf syrischem Gebiet zu verüben. „Die Amerikaner glauben, das ist ihr Land. Die sind dort wie Könige. Captain Mike und die anderen, die sind da alle gleich. Sie arbeiten immer noch mit den IS-Männern zusammen. Sie haben mit ihnen zusammengearbeitet und haben sie reingelassen. Sie bilden sie heute noch aus“, so der Überläufer.

Captain Mike war nach Aussage von Abu Hamzi dessen Ausbilder. Der Ausbilder wisse aber nicht, wie die US-Regierung die syrischen Terrorkämpfer benutze, erklärte Hamzi. Der Captain wisse nur, wie man Waffen einsetze und andere daran ausbilde.

Dass die Vereinigten Staaten die treibende Kraft hinter den Terrormilizen sind, ist längst kein Geheimnis mehr, erklärt Militärexperte und Politologe Alexander Perendschijew im Sputnik-Gespräch: „Die USA organisieren Terrorgruppen. Sie nutzen die Ausbildung von Terrormilizen als Instrument, um ihre Vormachtstellung zu erhalten.“ Die Terroristen selbst wissen womöglich gar nicht, für wen sie letztlich arbeiten. „Aber sie wissen, von wem sie die Mittel und die Befehle bekommen. Zu glauben, der Terror bestehe aus eigener Kraft, ist ein gewaltiger Irrtum. Terrorismus ist steuerbar und wird gesteuert“, so der Experte.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32715/69/327156984_0:166:2903:1737_1000x0_80_0_1_8316e8e6bcdcbecf3b5136656f571cc6.jpg.webp

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Im Vorfeld des Jahrestags der Inauguration des Präsidenten Selenskij hat die militärisch politische Führung der Ukraine den Beschuss des Territoriums der Republik aktiviert, das Feuer zielgerichtet auf kritisch wichtige Objekte der zivilen Infrastruktur konzentriert. Die herrschenden Eliten der Ukraine versuchen sich an der Macht zu halten und ihr Rating durch angebliche Siege im Donbass zu erhöhen.

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Solotoje-5** und **Beresowskoje** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 93. Brigade **Frunse** und **Shelobok** mit

120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Durch Beschuss wurden drei Häuser in der Watutin-Straße 1, dem Stadtteil des 30. Jahrestags des Sieges 4, der Nowostrojka-Straße 18 beschädigt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Zuvor hatte unsere Aufklärung die **Stationierung von drei Schützenpanzerwagen in Richtung Slawjanoserbsk** festgestellt, mit denen die ukrainischen Kämpfer dann Ortschaften der Republik beschossen haben.

Wir veröffentlichen regelmäßig die Stationierung von ukrainischen Waffen in der Nähe der Kontaktlinie in Verletzung der Minsker Vereinbarungen. Wir fordern von der Führung der internationalen Organisationen, die sich im Donbass befinden, nachdrückliche, die Handlungen Kiews, die eine Eskalation des Konflikts provozieren, entschieden zu verurteilen und die ukrainische Seite zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen.

Außerdem **stationiert das Kommando der „OOS“ weiter schwere Technik in Wohngebieten und nutzt die Zivilbevölkerung als lebenden Schild.**

Im Verantwortungsbereich der 25. Brigade wurde wieder die Stationierung von drei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Staniza Luganskaja bemerkt.

Im Verantwortungsbereich der 93. Brigade in der Nähe von Nowotoschkowskoje wurde die Stationierung von einem Schützenpanzerwagen bemerkt.

Die Handlungen der Kiewer Regierung bestätigen, dass sie keinerlei andere Lösung des Konflikts im Donbass außer der militärischen in Betracht ziehen. In Bestätigung der aggressiven Absichten Kiews verfügen wir über Informationen, dass **im**

Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ des Gegners Journalisten von elf ukrainischen Informationsagenturen und Fernsehsendern eingetroffen sind. Die Arbeit dieser Gruppe ist unter Leitung von Offizieren von Zentren für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte geplant, um über die Lage und die Handlungen der ukrainischen Truppen in einem für die Kiewer Führung günstigem Licht zu berichten.

de.sputniknews.com: **Syrische Justiz dementiert Berichte über Beschlagnahme der Vermögenswerte von Assads Cousin**

Das syrische Justizministerium hat am Mittwoch die Medienberichte über die angebliche Beschlagnahme der Vermögenswerte von Rami Makhlouf, des Cousins von Präsident Baschar al-Assad, dementiert. Laut der Behörde seien die in diesem Zusammenhang veröffentlichten Dokumente als Fake einzustufen.

„Einige Internet-Seiten im Sozialnetzwerk Facebook veröffentlichten unter Verweis auf ausländische selbstsüchtige Quellen eine verfälschte Anordnung des Justizministeriums über die Beschlagnahme der Mobilien und Immobilien von Rami Makhlouf. Das Ministerium dementiert, dass irgendeine Anordnung diesbezüglich erlassen wurde“, schrieb die Behörde in ihrem Facebook-Account.

Das Ministerium warnte, es gebe Social-Media-Seiten, die absichtlich Fake-News publik machen und „das Thema für die Verbreitung von Gerüchten ausnutzen“.

Früher war über die Spaltung in der Assads Familie berichtet worden, die angeblich wegen Finanzen, und zwar wegen der außerordentlich hohen Schulden des Makhloufs Mobilfunkanbieters Syriatel verursacht wurde. Den Medien zufolge sollte Assads Cousin als Chef seines Unternehmens die Kündigung erklären. Die Schulden von Syriatel betragen demnach 134 Milliarden Pfund (etwa 239 Millionen Euro).

Dan-news.info: **Pressekonferenz des Leiters der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakobow, der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa, des Vorsitzenden der gesellschaftlichen Organisation „Gerechter Schutz“ Witalij Galachow**

und der Abgeordneten des Volkssowjets Jelena Schischkina, die 2018 Vorsitzende des ukrainischen Volkstribunals zur Ermittlung von Kriegsverbrechen des Regimes Poroschenko war, zum ersten Jahrestag der Inauguration Selenskij (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Im ersten Jahr der Regierung des neuen obersten Kommandeurs der BFU hat die Vertretung der DVR im GZKK ca. 5000 Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt, davon etwa 2000 unter Einsatz von Panzern, Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, sagte Ruslan Jakubow. In 40 Prozent der Fälle setzten die ukrainischen Streitkräfte von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen ein. Es wurden etwa 50.000 Geschosse auf Wohngebiete der Republik abgefeuert, davon fast 2000 des Kalibers 122 und 152mm.

Sechs Zivilisten starben durch den barbarischen Beschuss der BFU, 72 wurden verletzt, es wurden 180 Infrastrukturobjekte beschädigt, 49 Wohnhäuser wurden zerstört und 973 beschädigt, außerdem 28 Fahrzeuge.

Jeder vierte Fall von Verletzung des Regimes der Feueereinstellung führt zu Opfern oder Schäden, seit Anfang Mai 2020 ist es sogar jeder zweite.

Im Vergleich zum letzten Regierungsjahr Poroschenkos haben sich die tragischen Folgen für die Zivilbevölkerung fast verdoppelt.

„Der Koordinator der OSZE in unserer Untergruppe hat bereits 2018 vorgeschlagen, eine Deklaration zu unterzeichnen, die Folter und Misshandlungen von Gefangenen verbietet, aber die ukrainische Seite weigert sich bis heute, diese zu unterzeichnen. Wir haben auf Wladimir Selenskij gehofft, dass er etwas verändern könnte, aber auch nach einem Jahr verweigert die ukrainische Seite die Unterzeichnung. Wir bewerten das so, dass Selenskij die Folter, die in den Gefängnissen der Ukraine geschieht, begrüßt und dass die ukrainische Seite diese weiter betreiben wird“, erklärte Darja Morosowa.

„Derzeit suchen wir in der Ukraine 98 Menschen. Wir wissen nicht, ob sich diese Menschen tatsächlich in Gefängnissen befinden oder ob sie vermisst sind, denn die Ukraine weigert sich kategorisch Informationen auf unsere Anfragen, die für einen Austausch notwendig sind, zu liefern. Wir wissen nicht, wie viele Menschen sich tatsächlich in den Gefängnissen der Ukraine befinden“, sagte Morosowa.

„Unsere Organisation hat bis heute 2139 Materialien an den internationalen Strafgerichtshof gerichtet und 4357 Klagen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“, sagte Galachow. Es geht dabei um Fälle von Tod und Verletzung friedlicher Bürger durch Beschuss sowie um Zerstörungen und Schäden an Wohnhäusern und Infrastrukturobjekten.

„Wenn man die Bilanz des ersten Regierungsjahrs von Selenskij zieht, so will ich sagen, dass das nächste Tribunal nicht weit ist, aber dann gegen Selenskij und sein Büro bezüglich solcher Vergehen wie Genozid, Blockade des Donbass, Kriegspropaganda, Folter, Raub, Raubüberfall, Einsatz von Streitkräften gegen Zivilisten“, sagte Schischkina.

de.sputniknews.com: **Wehrmacht als „Befreier“ und Widerstand gegen „rote Macht“: Was erzählen neue baltische Reiserouten?**

Lettland und Estland haben ein von der EU finanziertes Projekt annonciert. In dessen Rahmen sollen touristische Routen geschaffen werden, die Stätten der Militärgeschichte der Länder verbinden sollen. Dies ist der offiziellen Webseite des Projekts zu entnehmen.

Das Projekt „Lauku ceļotājs“ konzentriert sich demnach auf die Ereignisse des 20.

Jahrhunderts, vom Ersten Weltkrieg über den Zweiten Weltkrieg bis hin zum Zerfall der Sowjetunion. In seinem Rahmen sollen 150 bis 170 Objekte des militärischen Erbes in einem „Tourismus-Produkt“ umfasst werden.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung stellte nach Angaben des lettischen Fernsehsenders TV3 rund zwei Millionen Euro für „Renovierung und Errichtung von Stätten des militärischen Erbes“ zur Verfügung.

Einige Formulierungen auf der Seite des Projekts geben Einsicht darin, welche geschichtlichen Vorstellungen es bei seinen Besuchern offenbar herausbilden will. Im Abschnitt über den Zweiten Weltkrieg steht etwa, dass die „Pläne zur Eroberung der Welt durch die Sowjetunion und Deutschland durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt bestätigt“ worden seien. Die baltischen Länder seien „in sowjetische Hände gefallen“, worauf „Ermordungen und Abschiebungen gefolgt“ seien.

„Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Deutschen 1941 im Baltikum als Befreier begrüßt wurden.“

Hunderttausende Letten, die gegen die Wehrmacht gekämpft haben, werden dabei nicht erwähnt.

Ehrung der „Widerstandskämpfer“

Ein wesentlicher Teil der zukünftigen Reiserouten soll den sogenannten Waldbrüdern gewidmet werden, die heute im Baltikum als Helden verehrt werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seien sie „in die Wälder gegangen“ und hätten „der roten Macht weiter Widerstand geleistet“, hieß es weiter. Da das Kräfteverhältnis „offensichtlich zugunsten der Okkupanten“ gewesen sei, seien die „Waldbrüder“ allmählich verschwunden.

EU-Resolution zu Molotow-Ribbentrop-Pakt

Die Projektbeschreibung scheint im Einklang mit der am 19. September 2019 gebilligten umstrittenen Resolution des EU-Parlaments zu sein. In der „Entschließung des Europäischen Parlaments zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs und zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ wurde unter anderem behauptet, dass der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschen Reich – bekannt als Molotow-Ribbentrop-Pakt oder Hitler-Stalin-Pakt – sowie dessen Geheimprotokolle dem Zweiten Weltkrieg den Weg bereitet hätte.

„Waldbrüder“

Die sogenannten Waldbrüder kämpften in den Jahren 1944 bis 1953 auf dem Territorium der Länder des Baltikums aktiv gegen die Sowjetmacht. Viele von ihnen waren im Zweiten Weltkrieg Angehörige der im Baltikum aufgestellten SS-Bataillone.

Anlässlich eines Nato-Videos, in dem „Waldbrüder“ als Freiheitskämpfer gefeiert wurden, stellte der wissenschaftliche Direktor der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft, Michail Mjagkow, im Gespräch mit Sputnik klar: Diese baltische Vereinigung tötete im Zweiten Weltkrieg vor allem Zivilisten – ihre eigenen Landsleute, allen voran Juden.

„Die meisten ihrer Opfer waren Litauer, Letten und Esten. Während der Hitler-Besatzung dienten die Waldbrüder auch in den nationalen Einheiten der SS. Sie töteten sowjetische Kriegsgefangene und verübten den Holocaust: 80 Prozent der baltischen Juden wurden von diesen Kollaborateuren ermordet“, sagte der Experte.

Strafe für Kritik an „Waldbrüdern“

Derzeit wird an die „Waldbrüder“ gerichtete Kritik als Verbrechen verfolgt. So wurde der Abgeordnete des Stadtrats von Klaipėda, Viačeslavas Titovas, zu einer Strafe in Höhe von 10.000 Euro verurteilt, weil er sich gegen die Anbringung einer Gedenktafel für Adolfas Ramanauskas-Vanagas, einen der „Waldbrüder“-Anführer, ausgesprochen hatte.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32436/18/324361857_0:52:3032:1693_1000x0_800_1_2805463a40c3d3a3aa971084ce9f5a0c.jpg.webp

dan-news.info: „Die BFU haben massiv das **Feuer auf den Entwässerungskomplex des Bergwerks „2-bis“**, das zur Gorlowker Direktion zur Liquidierung von Bergwerken des republikanischen Unternehmens „Donbassugleperestrukturizacija“ gehört. Die Situation ist so gefährlich, dass 20 Bergleute um 11:15 Uhr außerplanmäßig an die Oberfläche gebracht wurden und sich in dem werkseigenen Schutzraum in Sicherheit gebracht haben“, teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit.

Es gab zwar keine direkten Treffer, aber die ukrainischen Geschosse detonierten in unmittelbarer Nähe des sich an der Oberfläche befindenden Teils des Bergwerks. Um die Arbeiter bei möglichen Stromausfällen zu schützen, wurden sie an die Oberfläche gebracht. Die Entwässerungsanlage läuft automatisch weiter.

Tote und Verletzte gibt es nicht. Die Bergleute konnten noch nicht aus der Gefahrenzone gebracht werden, die Menschen befinden sich im Schutzraum.

In dem Bergwerk „2-bis“ läuft kein Kohleabbau, nur das Abpumpen von Grubenwasser erfolgt.

de.sputniknews.com: **Forderung an Verbündete: USA gegen Einsatz von Huawei-Technik bei diplomatischen Kanälen**

Washington fordert seine Bündnispartner auf, nur „zuverlässige“ Ausrüstungen zur Übertragung von Informationen über 5G-Netze von diplomatischen Einrichtungen zu verwenden. Das heißt - auf chinesische Huawei- und ZTE-Geräte zu verzichten. Dies erklärte der US-Vize-Außenminister für Wirtschaftswachstum, Energie und Umwelt, Keith Krach. „Heute fordere ich alle unsere Verbündeten und Partner auf, sich unserer Forderung ‚sauberer‘ 5G-Kanäle für diplomatische Institutionen anzuschließen“, sagte er während eines Telefonbriefings.

Krach erinnerte daran, dass der US-Außenminister Mike Pompeo Ende April die Initiative „saubere 5G-Kanäle“ in der Behörde angekündigt hatte. Dementsprechend sollten alle Informationen in 5G-Netzen, die von diplomatischen Vertretungen der USA empfangen oder gesendet werden, nur mit Hilfe „zuverlässiger“ Geräte übertragen werden. Dabei würden chinesische Huawei- und ZTE-Geräte zu den unzuverlässigen gezählt.

US-Vorwürfe

Die USA werfen Huawei vor, mit dem Militär und dem Geheimdienst der VR China zusammenzuarbeiten und Kunden möglicherweise zu überwachen, und überzeugen eine Reihe von Ländern, die Infrastruktur und Ausrüstung von Huawei bei der Umstellung auf den 5G-Mobilfunkstandard nicht zu nutzen. Das chinesische Unternehmen behauptet, die Anschuldigungen seien unbegründet, politisch motiviert und würden gegen die Grundsätze

des Marktwettbewerbs verstoßen.

Huawei auf schwarzer Liste

Seit Mai letzten Jahres steht Huawei auf der schwarzen Liste der USA, die den Weg zum Kauf amerikanischer Komponenten und Technologien blockiert. Seitdem haben die USA Huawei jedoch mehrfach Aufschiebungen für Sanktionen gewährt, die es ermöglichen, in den USA hergestellte Produkte zu erwerben, um Netzwerke zu warten und Software für vorhandene Geräte zu aktualisieren.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 7:45 Uhr das Feuer auf Gorlowka (**Siedlung des Bergwerks 6/7**) mit Mörsern des Kalibers 82mm und Schusswaffen eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden folgende Schäden festgestellt:

- Konew-Straße 36 (Fassade, Fensterverglasung, Zaun);
- Konew-Straße 37 (Fensterverglasung);
- Konew-Straße 39 (Fensterverglasung).

Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden.

de.sputniknews.com: **Nord Stream AG: Ausnahmen bei EU-Regulierung für Ostseepipeline beschlossen**

Die Bundesnetzagentur hat am Mittwoch Ausnahmen bei der EU-Regulierung für die Ostseepipeline Nord Stream 2 beschlossen. Das teilte die Betreiber-Gesellschaft Nord Stream AG mit.

„Einen entsprechenden Antrag hat die Nord Stream AG am 19. Dezember 2019 eingereicht, nachdem die Änderungen der EU-Gasrichtlinie durch das geänderte Energiewirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland (EnWG) ins deutsche Recht umgesetzt wurden“, heißt es. Die Freistellung von der Anwendung der EU-Bestimmungen betreffe den Leitungsabschnitt im deutschen Hoheitsgebiet und habe eine Geltungsfrist von 20 Jahren rückwirkend ab dem Inkrafttreten des geänderten Energiewirtschaftsgesetzes am 12. Dezember 2019.

„Die Nord Stream-Pipeline steht seit inzwischen über acht Jahren für den sicheren, zuverlässigen und effizienten Transport von Erdgas und wird angesichts der sinkenden heimischen Produktion von Erdgas auch weiterhin eine wichtige Rolle für die europäische Energieversorgung und die Erreichung der CO₂-Reduktionsziele spielen“, sagte Alexej Sajtsew, der Geschäftsführer der Nord Stream AG.

Nord Stream 2-Pipeline

Nord Stream 2 sieht den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline von der russischen Küste nach Deutschland am Boden der Ostsee vor. ...

Die Bundesnetzagentur hat zuletzt den Antrag von Nord Stream 2 AG am 15. Mai mit der Begründung abgelehnt, die Erdgaspipeline von Russland nach Deutschland sei am Stichtag 23. Mai 2019 nicht fertiggestellt gewesen. Das Unternehmen erwiderte, dass zu dem Zeitpunkt 50 Prozent der ganzen Leitung verlegt gewesen seien. Außerdem sei der 54 Kilometer-Abschnitt im Hoheitsgebiet Deutschlands fertiggestellt gewesen.

Das Projekt soll mit dem Rohrleger „Akademik Tscherski“ des Gaskonzerns Gazprom zu Ende geführt werden. Das Spezialschiff hatte im Februar vom fernostrussischen Hafen Nachodka abgelegt.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32627/35/326273543_0:71:1400:828_1000x0_80_0_1_1797e7fe5e08af06947029b2e625cb30.jpg.webp

Lug-info.com: Pressekonferenz des leitenden Sanitärarztes der LVR Dmitrij Dokaschenko

In der LVR gibt es bis jetzt 345 registrierte Fälle von Coronavirusinfektionen. Es wurden bisher etwa 5000 Tests durchgeführt, derzeit täglich im Durchschnitt 100. Es ist festzustellen, dass schwere Verläufe selten sind. Etwa 25% der registrierten Fälle haben gar keine Symptome. Zurzeit gibt es eine gewisse Stabilisierung bei den Neuinfektionen, insbesondere in den Städten, wo es Infektionsherde gab und strenge Quarantänemaßnahmen eingeleitet wurden.

abends:

de.sputniknews.com: So viele Neuinfektionen wie noch nie an einem Tag – WHO

In den vergangenen 24 Stunden sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit mit 106.000 Neuinfektionen so viele neue Corona-Fälle registriert worden wie noch nie binnen eines einzigen Tages.

„Wir haben bei dieser Pandemie noch einen langen Weg vor uns“, sagt WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus auf einer Pressekonferenz.

Sorgen bereiteten insbesondere die steigenden Fallzahlen in ärmeren Ländern.

de.sputniknews.com: Venezuela fordert Großbritannien zu Goldübergabe auf – Reuters

Die Zentralbank Venezuelas hat einen Rechtsanspruch gegenüber der Bank of England eingereicht mit dem Versuch, die Bank of England zur Übergabe von 930 Millionen Euro Gold zu zwingen, damit die Regierung von Präsident Nicolas Maduro im Kampf gegen die Corona-Pandemie über ausreichende Mittel verfügen kann.

Der Rechtsanspruch richtete sich demnach darauf, einen Teil der venezolanischen Goldreserve zu verkaufen und den Erlös an die Uno zu senden, damit die Vereinigten Nationen dem Staat eine Hilfe bei der Bekämpfung des Coronavirus leisten könnten. Die Bank of England lehnte daraufhin den Anspruch ab, während die Zentralbank Venezuelas von England wohl kaum einen Kommentar verlangt hatte.

Die Bank of England bietet ihre Leistungen als Goldbewahrer für viele Entwicklungsländer an. Seit 2018 verzögert die Bank die Übergabe von 31 Tonnen venezolanischen Goldes an Maduro, den Großbritannien als legitimes Staatsoberhaupt nicht anerkennt.

Wozu Gold verkaufen?

Die zum Zwecke der Verwirklichung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen überwiesenen Finanzen würden für Gesundheitsausrüstung, Medikamente und Lebensmittel ausgegeben, heißt es in dem von Reuters veröffentlichten Dokument.

Der Verkauf der Goldreserven des Landes ist eine der wenigen Optionen der Maduro-Regierung, um angesichts der US-Sanktionen den Staatshaushalt Venezuelas bereichern zu können. Die sinkenden Ölpreise und die Coronavirus-Quarantäne fügten indes der Wirtschaft Venezuelas weiteren Schaden zu.

Coronavirus-Lage in Venezuela

Venezuela hatte bisher 618 Coronavirus- und 10 Todesfälle registriert, das Gesundheitspersonal warnt jedoch davor, dass das Gesundheitswesen des Landes in Verfall geraten könnte, wenn sich dort das Coronavirus intensiver verbreiten sollte.